

FRAKTIONS-ZEITUNG



Nein zur Citybahn

2.0

Wiesbaden braucht keine Straßenbahn, sondern eine moderne Verkehrspolitik!

Taunuskamm: Schluss mit dem Windkraftprojekt

Verfahren zur Windkraft auf dem Taunuskamm ist aussichtlos
– Zeit für ein endgültiges Ende dieses Projektes.

FDP im Wiesbadener Rathaus: Verlässliche Stimme für Feuerwehr und Katastrophenschutz in Wiesbaden

Wiesbadens Feuerwehr braucht starke politische Rückendeckung.



www.fdp-rathaus.de



VORWORT

Liebe Wiesbadenerinnen und Wiesbadener,

Wiesbaden war einst eine stolze Weltkurstadt – doch ideologisch getriebene Politik hat in den vergangenen Jahren zu Fehlentwicklungen geführt: Traditionenveranstaltungen wurden verdrängt, Stau, Baustellen und Skandale prägen das Bild der Kommunalpolitik, während Straßen und Schulen zunehmend verfallen.

Unsere Stadt hat Besseres verdient!

Die Rathausfraktion der Freien Demokraten in Wiesbaden arbeitet daran, Wiesbaden wieder auf Kurs Zukunft zu bringen. Statt politischer Scheindebatten brauchen wir Lösungen für die wirklichen Herausforderungen: eine leistungsfähige Infrastruktur, eine moderne Verwaltung und die Stärkung des Wirtschaftsstandortes Wiesbaden.

Was es nicht braucht, ist ein neues Millionengrab „Straßenbahn“, das nun erneut von Grünen, SPD, Linken und Volt ohne Bürgerentscheid angestrebt wird.

Neben den großen Themen Mobilität und Citybahn, Windkraft auf dem Taunuskamm sowie Steuern und Abgaben haben wir zahlreiche weitere Zukunftsthemen aus der Rathauspolitik für Sie aufbereitet.

Lesen Sie sich gerne ein und informieren Sie sich über unsere Themen und die Positionen der Freien Demokraten im Wiesbadener Rathaus!

Ihr Christian Diers

P.S.: Bereits heute wünsche ich Ihnen und Ihrer Familie eine schöne Vorweihnachtszeit, frohe Feiertage und einen guten Start ins neue Jahr. Möge 2026 ein Jahr voller Gesundheit, Zufriedenheit und Erfolge für uns alle werden!



Christian Diers
Fraktionsvorsitzender

IHR TEAM IM WIESBADENER RATHAUS



Christian Diers

Fraktionsvorsitzender



Sylvia Schob

Fachsprecherin für Frauen,
Gleichstellung und Sicherheit



Dr. Lucas Schwalbach

Stellv. Fraktionsvorsitzender



Alexander Winkelmann

Stellv. Fraktionsvorsitzender



Gabriele Enders

Kulturpolitische Sprecherin



Sebastian Rutten

Sozialpolitischer Sprecher und
Vorsitzender des Sozialausschusses



Jeanette-Christine Wild

Fachsprecherin für Stadtentwicklung,
Planung und Bau



Katharina Ostermann

Sprecherin für Ehrenamt,
Bürgerbeteiligung und Sport



Nathalie Becker

Ehrenamtliche Stadträtin



Katinka Bouffier

Ehrenamtliche Stadträtin

NEIN ZUR CITYBAHN 2.0

Wiesbaden braucht keine Straßenbahn, sondern eine moderne Verkehrspolitik!



Mit ihrem Beschluss zum neuen Nahverkehrsplan am 18. Dezember 2024 hat die Rathauskooperation aus Grünen, SPD, Linken und Volt endgültig die Weichen gestellt – nicht für besseren Nahverkehr, sondern für die Rückkehr der gescheiterten Citybahn-Idee.

Im neuen Nahverkehrsplan ist schwarz auf weiß festgeschrieben: Wiesbaden soll ein Straßenbahnsystem bekommen – „zwingend erforderlich“, heißt es dort. Damit ignorieren die Regierungsparteien den klaren Bürgerwillen: Über

60 % der Wiesbadenerinnen und Wiesbadener haben beim Bürgerentscheid 2020 gegen eine Straßenbahn gestimmt. Für uns als Fraktion der Freien Demokraten im Wiesbadener Rathaus gilt dieses Votum weiterhin!

Täuschung statt Transparenz

Weder in den Informationsveranstaltungen noch in den Sitzungen der städtischen Gremien wurde offen gesagt, dass der Nahverkehrsplan den Wiedereinstieg in die Straßenbahnpolitik bedeutet. Die Bürgerinnen und Bürger wurden über die wahren Absichten der

Kooperation getäuscht.

Faktisch ist der Beschluss ein Grundsatzbeschluss für eine neue Citybahn 2.0 – ein Projekt, das Wiesbaden bereits einmal gespalten hat und Millionen verschlungen hätte.

Erster Startpunkt: Biebrich

Besonders betroffen wäre erneut der Stadtteil Biebrich. Die geplanten Metrobuslinien im Zielnetz des Nahverkehrsplans sollen als Vorlage für künftige Straßenbahnstrecken dienen – unter anderem die Linie M3 über die Biebricher Allee. Damit steht zu befürchten: Hier soll die Citybahn 2.0 zuerst rollen. Damit wären wiederum die Anwohnerinnen und Anwohner an der Biebricher Allee und im Stadtteil Biebrich selbst am Stärksten betroffen.

Die ursprüngliche Idee eines neu durchdachten Busnetzes auf weißem Blatt war richtig. Doch anstatt den Nahverkehr intelligent, digital und flexibel weiterzuentwickeln, wurde dieser Plan nun mit der Straßenbahn-Fixierung konterkariert.

Kein Bürgerentscheid mehr möglich

Besonders bedenklich: Durch die jüngste Änderung der Hessischen Gemeindeordnung sind künftig

keine Bürgerentscheide über Bauprojekte wie eine Straßenbahn mehr möglich. Die SPD hat bereits angekündigt, nach der Kommunalwahl 2026 im Stadtparlament über die Einführung der Citybahn entscheiden zu wollen – ohne die Bürger nochmals zu fragen.

Für die Frage, ob Wiesbaden einen neuen Anlauf für eine Straßenbahn unternimmt, kommt es daher auf die Zusammensetzung der Stadtverordnetenversammlung nach der Kommunalwahl 2026 an.

"Die Freien Demokraten im Wiesbadener Rathaus sind die einzige Fraktion, die sich klar gegen diese verfehlte Verkehrspolitik mit einem Straßenbahnsystem in Wiesbaden positioniert."

Wir stehen für einen Neustart in der Verkehrspolitik, der sich an den tatsächlichen Mobilitätsbedürfnissen der Wiesbadenerinnen und Wiesbadener orientiert.

Deswegen gilt für uns in aller Klarheit und Verlässlichkeit:

- Keine Citybahn 2.0
- Ja zu moderner, intelligenter Mobilität
- Ja zu fließendem Verkehr, schneller Baustellenabwicklung und besseren Busverbindungen statt Dauerstau und Dauerbaustelle.

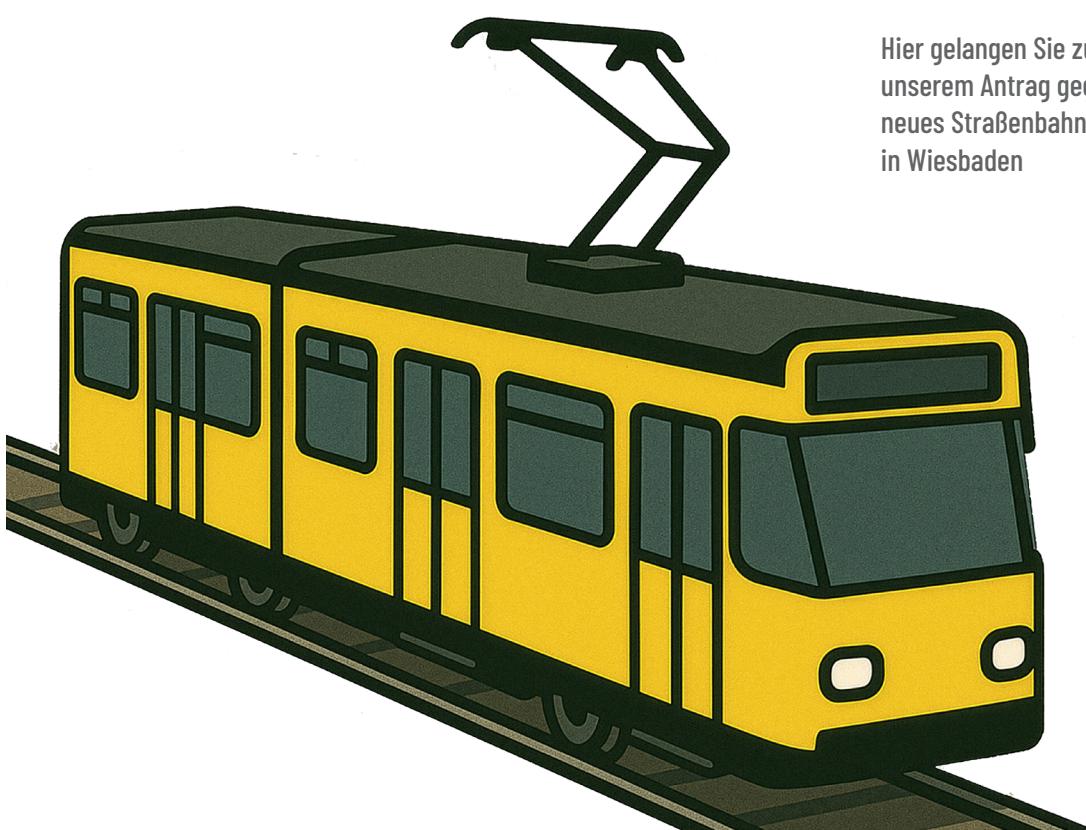


Christian Diers
Fraktionsvorsitzender



Alexander Winkelmann
Verkehrspolitischer Sprecher

Hier gelangen Sie zu
unserem Antrag gegen ein
neues Straßenbahnprojekt
in Wiesbaden





KEINE WINDKRAFT AUF DEM TAUNUSKAMM

Trinkwasserschutz und Landschaftsschutz haben Vorrang

Die Errichtung von Windindustrieanlagen auf dem Taunuskamm beschäftigt Wiesbadens Kommunalpolitik seit Jahren. Bereits 2015 beantragte die ESWE Taunuswind GmbH eine Genehmigung beim Regierungspräsidium Darmstadt zur Errichtung der Windindustrieanlagen, die zunächst abgelehnt wurde. Daraufhin wurde vor dem Verwaltungsgericht Wiesbaden geklagt, das 2020 der Klage teilweise stattgab. Die Berufung liegt nun beim Verwaltungsgerichtshof Hessen.

Die jüngsten Hinweise des Verwaltungsgerichtshofs zeigen jedoch, dass die geplanten Windanlagen nicht als privilegiertes Vorhaben nach §35 Abs. 1 BauGB gelten. Dies gefährdet die Genehmigungsfähigkeit erheblich und stärkt gleichzeitig den Schutz des Trinkwassers, da Schmierstoffe und andere Schadstoffe das unter dem Taunus liegende Reservoir gefährden könnten.

Für die FDP-Stadtverordnetenfraktion ist klar: Trinkwasserschutz und die Erhaltung des Landschaftsbildes müssen Vorrang haben. Ein Fortführen des Projekts birgt unnötige Risiken – sowohl für Natur und Bevölkerung als auch finanziell. Die Stadtpolitik sollte daher ein klares Signal senden und ESWE Versorgung auffordern, die Klage zurückzuziehen.

Trotz dieses eindeutigen rechtlichen und ökologischen Sachverhalts halten Grüne, SPD, Linke und Volt weiterhin am Projekt fest. Sie riskieren Kosten und Konflikte, um Windindustrieanlagen auf dem Taunuskamm durchzusetzen. Dazu bereiten die Kooperationsfraktionen aus Grünen, SPD, Linken und Volt bereits Beschlüsse vor, um eine ablehnendes Urteil des VGH zu umgehen.

Die Freien Demokraten im Wiesbadener Rathaus setzen sich konsequent dafür ein, dass dieses Projekt endgültig beendet wird. Nur mit uns wird es keine Windräder auf dem Taunuskamm geben – zum Schutz von Trinkwasser, Natur und Wiesbadens landschaftlicher Identität.



Dr. Lucas Schwalbach
Stellv. Fraktionsvorsitzender

Hier finden Sie unseren Antrag
für ein endgültiges Ende des
Windkraftprojektes auf dem
Taunuskamm



DIE FREIEN DEMOKRATEN IM RATHAUS: VERLÄSSLICHE STIMME FÜR FEUERWEHR UND KATASTROPHENSCHUTZ IN WIESBADEN

Die Feuerwehr, ob Berufsfeuerwehr oder Freiwillige Feuerwehr, leistet täglich herausragende Arbeit: Sie rettet Leben, schützt Bürgerinnen und Bürger in Notlagen und ist in Krisensituationen verlässlicher Rückhalt. Für die FDP-Rathausfraktion ist klar: Diese Leistung verdient nicht nur Anerkennung, sondern auch konkrete politische Taten.

Dringender Investitionsbedarf

Die Wiesbadener Feuerwehr hatte für den Haushalt 2025 Bedarfe von über 10 Millionen Euro angemeldet, vor allem für die Sanierung von Gerätehäusern und notwendige Infrastruktur. Die FDP-Rathausfraktion hätte gern der Feuerwehr die volle beantragte Summe zur Verfügung gestellt und hat dies beantragt. Die Linkskooperation bewilligte der Feuerwehr allerdings nur rund 5-5,5 Millionen Euro – davon ein Großteil nur für dringend benötigte neue Fahrzeuge. Diese Kürzung sendet ein fatales Signal und zeigt mangelnde Wertschätzung für die Einsatzkräfte. Auch im Haushalt 2026 hätten wir der Feuerwehr gerne 2 Millionen Euro mehr als die regierende Linkskooperation zur Verfügung gestellt, weil die Institution Feuerwehr von besonderer Wichtigkeit ist. Leider haben sich Grüne, SPD, Linke und Volt für eine andere Prioritätensetzung entschieden.

Unser Anspruch: Nachhaltige Stärkung statt Symbolpolitik

Ehrenamt und Einsatzbereitschaft dürfen nicht durch unzureichende Rahmenbedingungen ausgebremst werden. Wir setzen uns für moderne Gerätehäuser, funktionierende Infrastruktur und verlässliche finanzielle

Ausstattung ein – für Berufsfeuerwehr, Freiwillige Feuerwehr und auch den Katastrophenschutz.

Konkretes Sofortprogramm – unsere Forderungen als FDP-Rathausfraktion:

- Gezielte Investitionen in Feuerwehrinfrastruktur und Katastrophenschutz, um den Investitionsstau abzubauen mit einem finanziellen Sofortprogramm.
- Schnellere Umsetzung von Sanierungsmaßnahmen für Gerätehäuser und moderne Arbeitsplätze für Einsatzkräfte durch bessere Planung und koordinierte Umsetzung.
- Verlässliche finanzielle Ausstattung zur Sicherung von Einsatzbereitschaft und Ehrenamt.
- Erstellung einer Sanierungsplanung für alle maroden Feuerwachen bzw. Gerätehäuser (insbesondere Feuerwache 1)
- Anpassung der Gehalts- und Sozialleistungsstruktur bei den Feuerwehren, um die Personalabwanderung in andere Kommunen zu stoppen

Die Freien Demokraten im Wiesbadener Rathaus stehen an der Seite von Feuerwehr & Katastrophenschutz – verlässlich, klar und mit konkreten Taten.



Alexander Winkelmann
stellv. Fraktionsvorsitzender

WIESBADEN HAT EIN AUSGABENPROBLEM UND KEIN EINNAHMENPROBLEM!

Ein Appell für mehr Haushaltsdisziplin



Christian Diers
Fraktionsvorsitzender

Wiesbaden steckt trotz hoher Steuereinnahmen in einem erheblichen Haushaltsdefizit – zuletzt mit 129 Millionen Euro Defizit im Jahr 2024. Dennoch setzt die Stadtregierung aus SPD, Grünen, Linken und Volt weiterhin die falschen Prioritäten. Statt Ausgaben zu hinterfragen und den Haushalt zu stabilisieren, werden problematische Projekte und neue Belastungen vorangetrieben.

Ein Beispiel dafür ist die kostspielige Ausweitung von Tempo-30- und Tempo-40-Zonen. Rund 300.000 Euro werden für neue Schilder und Verwaltungsvorgänge ausgegeben – Gelder, die dringend für Schulen, Infrastruktur oder die Unterstützung der Feuerwehr benötigt würden.

Gleichzeitig hält die Kooperation aus Grünen, SPD, Linken und Volt an der Einführung einer „Duschsteuer“ fest, die 16 Millionen Euro pro Jahr einbringen soll. Einer vierköpfigen Familie droht durch diese Duschsteuer (Wasserverbrauchssteuer) eine finanzielle Mehrbelastung von mindestens 200€/Jahr. Anstatt die eigenen Ausgabenstrukturen zu überprüfen, sollen

Bürgerinnen und Bürger über zusätzliche Abgaben zur Haushaltkskonsolidierung beitragen. Das ist ein bundesweit einzigartiger, falscher Weg.

Hinzu kommt der Ausbau der Verwaltung durch zahlreiche neue Stellen, unter anderem für ein neues Dezernat als politisches Zugeständnis an Volt. Während Wiesbaden ein massives Defizit hat, wird die Bürokratie weiter aufgebläht, statt effizienter gestaltet.

Diese Politik zeigt einen klaren Mangel an Haushaltsdisziplin und langfristiger Planung. Statt struktureller Reformen und verantwortungsvollem Umgang mit Steuermitteln setzt die Kooperation aus Grünen, SPD, Linken und Volt auf teure Symbolpolitik und will die Bürger dafür zahlen lassen.

Die FDP-Rathausfraktion fordert deshalb eine konsequente Neuordnung der Ausgabenpolitik: Keine neuen Steuern, keine unnötigen Stellen, sondern eine kritische Prüfung aller Ausgaben und klare Prioritäten für Infrastruktur, Bildung und wirtschaftliche Entwicklung – zum langfristigen Wohl unserer Stadt.

KEIN TEMPO 30/40 AUF HAUPTVERKEHRSACHSEN

- teuer, ideologisch und wirkungslos

Die von der Linkskooperation eingeführten Tempolimits auf Wiesbadens Hauptverkehrsachsen haben sich als teures und nutzloses Instrument erwiesen. Viele Bürgerinnen und Bürger sind von den entsprechenden Geschwindigkeitsbegrenzungen genervt – und nun bestätigt eine wissenschaftliche Evaluation: Weder Sicherheit, Lärm noch Luftqualität haben sich verbessert.

Rund 300.000 Euro kostete die Anschaffung der Schilder – Geld, das an anderer Stelle dringend benötigt würde, etwa für Feuerwehr, Bildung oder Infrastruktur. In der jüngsten Sitzung des Mobilitätsausschusses bestätigte die Stadtverwaltung selbst:

- Keine nachweisbare Verbesserung der Verkehrssicherheit für Fußgänger und Radfahrer.
- Keine messbare Verbesserung der Luftqualität.
- Kein messbarer Nachweis einer Lärmreduzierung, obwohl genau dies die rechtliche Grundlage für die Anordnung war.

Damit sind sämtliche sachlichen Argumente für die Tempobeschränkungen entkräftet. Zurück bleibt ein



Alexander Winkelmann

Verkehrspolitischer Sprecher



Hier finden Sie unseren Antrag zur Evaluation von Tempo 30/40 auf Hauptverkehrsachsen in Wiesbaden

ideologisch motiviertes Projekt, das weder den Menschen noch der Stadt nutzt.

Wir Freie Demokraten im Wiesbadener Rathaus stehen für eine vernünftige Verkehrspolitik ohne ideologische Scheuklappen. Wiesbaden braucht fließenden Verkehr auf den Hauptachsen, damit alle schnell und sicher ans Ziel kommen.

Unser Ansatz:

- Aufhebung der flächendeckenden Tempo-30/40-Regelungen auf Hauptverkehrsstraßen.
- Zielgerichtete Temporeduzierung nur dort, wo sie wirklich sinnvoll ist – etwa an Schulen, Kindergärten oder Seniorenheimen.

Eine kluge Verkehrspolitik setzt auf Verhältnismäßigkeit, nicht auf Verbote. Wiesbaden braucht Pragmatismus statt Symbolpolitik.



BEZAHLBARES WOHNEN FÜR DIE MITTE DER GESELLSCHAFT!



Bezahlbares Wohnen für die Mitte der Gesellschaft wird in Wiesbaden zunehmend zur Herausforderung. Viele Bürgerinnen und Bürger fragen sich, wie lange sie sich das Leben in unserer Stadt noch leisten können – und die Antwort hängt maßgeblich von der Politik im Rathaus ab.

Die Linkskooperation aus Grünen, SPD, Linken und Volt hat die Sozialbauquote in Wiesbaden stark erhöht – mit negativen Folgen. Statt mehr bezahlbaren Wohnraum zu schaffen, verschwindet durch die Politik der Linkskooperation vor allem das mittlere Preissegment auf dem Wiesbadener Immobilienmarkt, weil hohe Sozialbauquoten bei Wohnungsbauprojekten über teure freifinanzierte Mieten querfinanziert werden müssen.

Gleichzeitig treiben steigende kommunale Gebühren – von Müll über Wasser bis Abwasser – die Wohnkosten weiter in die Höhe. Mit der geplanten „Wasserverbrauchssteuer“ droht die nächste Belastung. Für uns ist klar: Haushaltsprobleme dürfen nicht durch immer neue Abgaben auf die Mieterinnen und Mieter abgewälzt werden.

Um mehr Wohnraum zu schaffen, braucht Wiesbaden private Investoren. Doch bürokratische Hürden, Gutachten und kostspielige Auflagen bremsen Bauvorhaben aus. Diese Politik macht das Bauen unattraktiv und verschärft die Wohnungsnot.

Als FDP-Stadtverordnetenfraktion fordern wir einen politischen Kurswechsel: weniger Bürokratie, schnellere Verfahren und Auflagen mit Augenmaß. Unser Ansatz: Unnötige Bauauflagen testweise aussetzen und nach einem Jahr prüfen, welche überhaupt relevant waren.

Damit Wohnen in Wiesbaden wieder bezahlbar wird, müssen wir Investoren als Partner behandeln und den Wohnungsbau aktiv ermöglichen. Unser Ziel ist klar – **weniger Papierkram, mehr Baukräne.**

Dafür setzen wir uns als FDP-Rathausfraktion mit unseren zentralen Forderungen ein:

- Stopp neuer kommunaler Gebühren und Steuern, die Wohnen weiter verteuern.
- Weniger Bürokratie und schnellere, digitale Baugenehmigungen, damit neuer Wohnraum endlich entsteht.
- Möglichst wenig kommunale Eingriffe, wie Zwangsregulierung, Zweckentfremdungs- und Leerstandssatzungen, um den Start von Bauprojekten nicht zu bremsen und Wohnen wieder günstiger zu machen.
- Zügigere Ausweisung neuer Baugebiete, um Wohnungen schnell und kostengünstig zu schaffen.



Sebastian Rutten

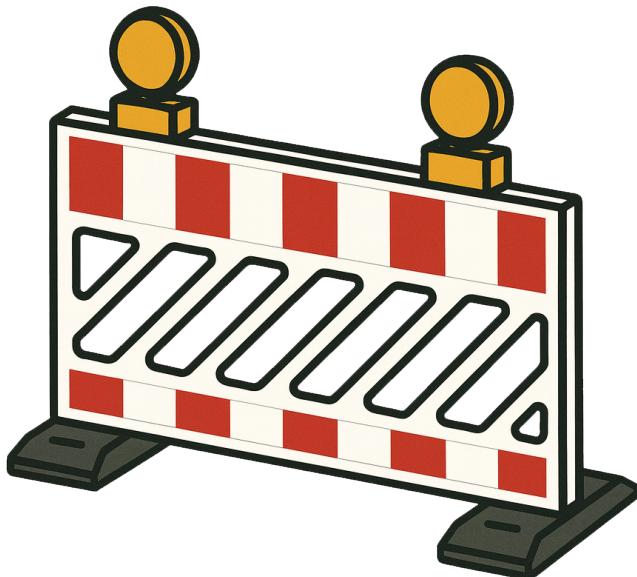
Sozialpolitischer Sprecher
und Vorsitzender des
Sozialausschusses

- Ermöglichung der Aufstockung von Bestandsgebäuden und eines bürokratiearmen Dachausbaus, um auch bei Bestandsgebäuden einfacher neuen Wohnraum zu schaffen.
- Wohneigentum endlich wieder für die Mitte der Gesellschaft ermöglichen, durch Mietkauf, Genossenschaften und Einheimischenmodelle bei der Vergabe von Baugrund, denn dies ist der beste Schutz vor hohen Mieten.
- Private Vermieter stärken, statt diese zu verdrängen, um der Monopolbildung auf dem Wohnungsmarkt vorzubeugen und auch damit Wohnen bezahlbar zu halten.



WIESBADENS INNENSTADT IM BAUSTELLEN-STAU

**Wir fordern rascheres Tempo, bessere
Planung und mehr Verantwortung**



Wiesbadens Innenstadt steckt im Dauer-Baustellenstau. Langwierige Arbeiten an zentralen Straßen wie der Emser Straße und der Schwalbacher Straße beeinträchtigen Stadtbild, Erreichbarkeit und besonders den lokalen Handel massiv.

Für uns als Fraktion der Freien Demokraten im Wiesbadener Rathaus ist klar: Das Grundproblem liegt in viel zu langsamem Abläufen. Die Baustellen müssen schneller fertig werden – und die Stadt braucht endlich bessere Planung und mehr Verantwortung.

Statt Kompetenzwirrwarr soll es zukünftig eine zentrale Stabsstelle

für Baustellenkoordination und Baustellenbeschleunigung geben. Diese Einheit soll alle innerstädtischen Baumaßnahmen zentral steuern, Bauzeiten überwachen und Stillstandsphasen konsequent verhindern. Dazu schaffen wir keine neuen Verwaltungsstellen, sondern widmen bereits bestehende Stellen im Stellenkontingent der Landeshauptstadt Wiesbaden um.

Ein zweites zentrales Element ist ein Bonus-Malus-System für Baufirmen: Wer schneller fertig wird, erhält finanzielle Anreize; wer Verzögerungen verursacht, muss Sanktionen tragen. Dieses Prinzip sorgt für Klarheit, Verantwortung und echte Motivation für zügiges

Arbeiten – ein Instrument, das in vielen Städten bereits erfolgreich ist.

Die Verwaltung muss außerdem Geisterbaustellen konsequent auflösen, wenn an diesen über Wochen ohne erkennbaren Grund nicht gearbeitet wird. So stellen wir sicher, dass Wiesbaden nicht länger von vermeidbaren Stillständen ausgebremst wird.

Unser Ziel ist eine Innenstadt, die erreichbar, attraktiv und wirtschaftlich stark bleibt. Mit klarer Koordination, strikter Kontrolle und verlässlichen Anreizen schaffen wir schnellere Bauabläufe und entlasten Gewerbetreibende, Anwohner und Besucher gleichermaßen. Dafür arbeiten wir im Wiesbadener Rathaus.



Jeanette-Christine Wild

Fachsprecherin für
Stadtentwicklung,
Planung und Bau



Hier finden Sie
unseren Antrag für
schnelle Baustellen
und bessere
Baustellenkoordination

FRAUEN IN GRÜNDUNGEN

- Liberale Politik für Selbstbestimmung und Chancengleichheit vor Ort

Die Freien Demokraten im Wiesbadener Rathaus setzen sich für mehr Sichtbarkeit und bessere Rahmenbedingungen für Gründerinnen ein. Wiesbaden verfügt mit BerufsWege für Frauen e.V. und der FrauenGeno Wiesbaden eG bereits über starke Partner, die Beratung, Netzwerke und innovative Finanzierungsmöglichkeiten bieten – zentrale Faktoren für eine vielfältige und innovative Wirtschaft.

Mit einem Frauenanteil von etwa 35 % bei Neugründungen steht Wiesbaden gut da, doch gerade in technologieorientierten Branchen gibt es weiter deutlichen Nachholbedarf. Deshalb setzen wir uns als FDP-Rathausfraktion in Wiesbaden besonders ein für:

Ausbau und Verfestigung praxisnaher Beratungsangebote, die Gründerinnen von der Idee bis zum Markteintritt begleiten – einschließlich der bestehenden Workshops der Wirtschaftsförderung.

- Stärkere Förderung von Netzwerken und Mentoringprogrammen, wie sie BerufsWege für Frauen e.V. bereits erfolgreich anbietet und die Gründerinnen mit erfahrenen Unternehmerinnen zusammenbringen.
- Besseren Zugang zu Finanzierung, u. a. durch die FrauenGeno Wiesbaden eG sowie durch intensivere Kooperationen mit regionalen Banken für Mikrokredite und Beteiligungskapital.
- Mehr Sensibilisierung und Sichtbarkeit für Frauen in der Gründungslandschaft, wobei wir Events wie den „FrauenGründerTag Wiesbaden“ unterstützen und fördern, um Frauen in der Gründerszene sichtbarer zu machen.
- Auch bundespolitische FDP-Impulse, etwa zur

MINT-Förderung oder zur Modernisierung des Mutterschutzes, unterstützen wir ausdrücklich. Entscheidend ist jedoch, dass diese Ansätze in Wiesbaden konsequent umgesetzt werden – für mehr Chancen, mehr Selbstbestimmung und eine starke Gründerinnenkultur in unserer Stadt.



Sylvia Schob

Fachsprecherin für Frauen, Gleichstellung und Sicherheit



STAATSTHEATER OPEN-AIR – EIN ERFOLG DER FREIEN DEMOKRATEN

Mit der erstmaligen Live-Übertragung der feierlichen Eröffnung der Maifestspiele am 03.05.2025 auf einer Großleinwand im Kurpark wurde eines der wichtigsten kulturellen Ereignisse Wiesbadens einem breiteren Publikum zugänglich gemacht. Dies ging auf einen Antrag der FDP-Stadtverordnetenfraktion im Kulturausschuss zurück. Die Maifestspiele sind ein zentraler Teil unserer kulturellen Identität – und Formate wie diese stärken das Gemeinschaftsgefühl und das Ansehen unserer Stadt. Gleichzeitig sollte sich das Theaterprogramm wieder stärker am klassischen Repertoire orientieren, um die künstlerische Vielfalt und Attraktivität zu erhöhen.

Open-Air-Kulturveranstaltungen senken Berührungsängste gegenüber klassischem Theater und machen Kultur für alle erlebbar – unabhängig von Alter, Herkunft oder Einkommen. Sie holen Kunst in den öffentlichen Raum und zeigen ihren Wert für eine offene, zugängliche Stadtgesellschaft.

Solche Formate setzen zudem wichtige wirtschaftliche Impulse: Sie beleben Innenstadt, Gastronomie und Einzelhandel, ziehen mehr Besucher an und stärken den Tourismus. Eine lebendige Kulturszene ist damit nicht nur kulturell wertvoll, sondern auch ein entscheidender Standortfaktor für Wiesbaden.

Damit Kultur und Stadtleben in Wiesbaden künftig noch enger zusammenwirken, haben wir einen weiteren Antrag im Kulturausschuss zur besseren Verzahnung solcher Veranstaltungen mit dem City-Management gestellt. Als FDP-Rathausfraktion setzen wir uns für eine vielfältige und kulturell dynamische Landeshauptstadt ein – für alle Bürgerinnen und Bürger und für eine starke Zukunft Wiesbadens.



Gabriele Enders
Kulturpolitische Sprecherin

Hier finden Sie unseren
Antrag zu den Internationalen
Maifestspielen – Open-Air:



EHRENAMT & SPORT IN WIESBADEN

- wir machen Engagement einfach

Wiesbaden lebt von Menschen, die sich ehrenamtlich engagieren – besonders in Sportvereinen. Ob Jugendtraining, Integration oder Gemeinschaft: Ehrenamtliche sind unverzichtbar. Die FDP-Stadtverordnetenfraktion will dieses Engagement erleichtern und bringt dazu gezielte Initiativen in die kommunalen Gremien ein. Ein besonderes Augenmerk legen wir hier auf Umweltauflagen. Diese dürfen das ehrenamtliche Engagement nicht zusätzlich erschweren. In diesem Zusammenhang muss die Verwaltung ihre Ermessensspielräume nutzen, um das ehrenamtliche Engagement zu ermöglichen und etwa bei der Veranstaltung eines Feuerwerks keine großen Hürden aufzubauen.

Vereine stärken – Ehrenamt entlasten

Sportvereine prägen das gesellschaftliche Leben unserer Stadt. Damit sie ihre wichtige Arbeit weiterführen können, setzen wir uns als FDP-Rathausfraktion für die Unterstützung der Vereine ein unter anderem durch:

- weniger Bürokratie,
- Hilfe bei Sanierung und Erhalt eigener Anlagen,
- Entlastung bei Energie- und Beleuchtungskosten,
- Stärkung der Übungsleiterausbildung sowie der Jugend- und Integrationsarbeit.

Viele Vereine stehen vor wachsenden organisatorischen und digitalen Anforderungen. Wir setzen uns im Rathaus für den Ausbau digitale Unterstützungsangebote und praxisnahe Kurse an der VHS ein. In Verbindung damit erhalten wir die Bürgerhäuser als moderne Treffpunkte gerade für Vereine – mit Online-Buchung und stabilem WLAN.

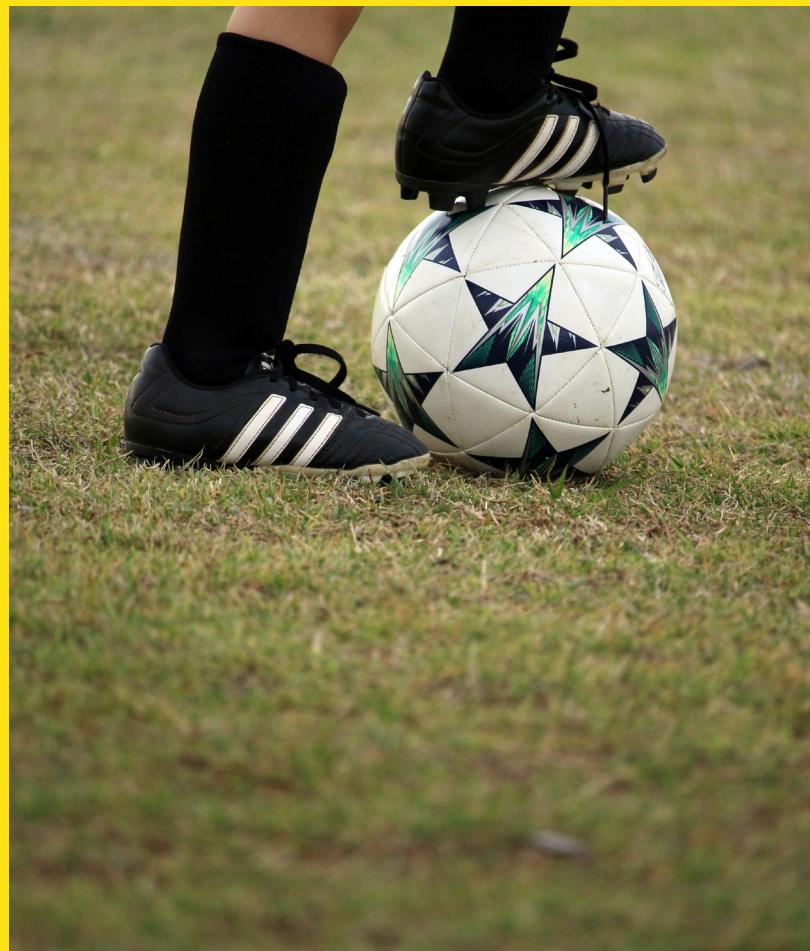
Zentrale Anlaufstelle für das Ehrenamt

Wiesbaden braucht endlich eine zentrale Ansprechstelle, die die derzeit verstreuten Zuständigkeiten für das Ehrenamt bündelt. Diese erleichtert Beratung, unterstützt bei rechtlichen und organisatorischen Fragen und macht die Verwaltung effizienter. Ehrenamtliche sollen schnell und unkompliziert Hilfe erhalten. Entsprechende Anträge bringen wir als Stadtverordnetenfraktion in die zuständigen Gremien ein.



Katharina Ostermann

Sprecherin für Ehrenamt,
Bürgerbeteiligung und Sport





Kontakt

FDP-Stadtverordnetenfraktion im Wiesbadener Rathaus
Schlossplatz 6, 65183 Wiesbaden
0611-315420
fdp.stadtverordnetenfraktion@wiesbaden.de
www.fdp-rathaus.de
Auflage: 35.000, Dezember 2025

Verantwortlich im Sinne des Presserechts:

Christian Diers (Fraktionsvorsitzender)

Gestaltung durch:

Project Motion – Creative Agency

Die vorliegenden Informationen über die politische Arbeit der Fraktion werden aus Fraktionsmitteln finanziert. Ein Sponsoring hat nicht stattgefunden.

Weitere Informationen zur Transparenzbekanntmachung unter: www.fdp-rathaus.de/transparenz